



BAGFW-Politikforum Verleihung des Deutschen Sozialpreises 2017

am 22. November 2017 in der Akademie der Künste in Berlin

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,
sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,
Sehr geehrte Preisträgerinnen und Preisträger,
Sehr geehrte Damen und Herren,

„Die große Mauer quer durch unser Land ist weg.“ So Bundespräsident Steinmeier am 03. Oktober dieses Jahres zum Tag der Deutschen Einheit. „Aber am 24. September wurde deutlich: Es sind andere Mauern entstanden, weniger sichtbare, ohne Stacheldraht und Todesstreifen – aber Mauern, die unserem gemeinsamen ‚Wir‘ im Wege stehen.“¹ Diese sinnbildlichen Mauern, so sagt er, trennen unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht. „Stadt und Land, online und offline, Arm und Reich, Alt und Jung“². Es sind aber auch „Mauern aus Entfremdung, Enttäuschung oder Wut, die bei manchen so fest geworden sind, dass Argumente nicht mehr hindurchdringen.“³

Mit Blick auf die Bundestagswahl legt sich eine solche Diagnose nahe. Die politische Landschaft hat sich verändert – das hat die Wahl deutlich gemacht. Im Plenarsaal haben sechs statt vier Fraktionen Platz genommen. Die Parteien der Regierungskoalition haben 13,8% der Stimmen verloren und wären heute mit 53,4% alles andere als eine große Koalition. Alle kleineren Parteien hingegen konnten ihre Stimmenanteile vergrößern. Profitiert haben dabei vor allem zwei Parteien, die dem letzten Bundestag nicht angehörten. Die FDP kam wieder auf über 10 Prozentpunkte, feierte ein Comeback und stand vor einer Regierungsbeteiligung. Die AfD wurde mit 12,6% der Zweitstimmen drittstärkste Kraft und zog erstmals in den Deutschen Bundestag ein.

¹ Frank-Walter Steinmeier, Festakt zum Tag der Deutschen Einheit, 3. Oktober 2017.

² Ebd.

³ Ebd.

So vielfältig die Beweggründe der Wähler auch waren, die Wahlanalysen haben gezeigt, dass die AfD alles andere ist, als allein ein Phänomen der östlichen Bundesländer. Auch in Bayern, Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen lagen entsprechende Hochburgen.

Ein hohes Protestpotential kann als Indiz für gesellschaftliche Spaltungen dienen. Es gibt sich überlagernde Trennungslinien, deren Gemeinsamkeiten darin bestehen, dass den „etablierten“ Parteien, Politikern und Institutionen nicht (mehr) zugetraut wird, Antworten und Lösungen für ihre Fragen zu finden. Nicht selten stehen dabei Veränderungen der eigenen Lebenswelt im Hintergrund, die Angst machen. Angesichts von Globalisierung, Digitalisierung, Bildungsungerechtigkeit oder mangelnder sozialer Mobilität fühlen sich Menschen abgehängt oder von Abstieg bedroht.

In seinem lesenswerten Buch „Gesellschaft der Angst“ zeichnet der Soziologe Heinz Bude das Bild einer Gesellschaft nach, die durch und durch von Ängsten geprägt ist. Er schreibt: „In modernen Gesellschaften ist Angst ein Thema, das alle angeht. Angst kennt keine sozialen Grenzen. Auch von der Sache her sind die Ängste zahllos: Schulängste, Höhenängste, Verarmungsängste, Herzängste, Terrorängste, Abstiegsängste, Bindungsängste, Inflationsängste. Schließlich kann man in jede Richtung der Zeit Ängste entwickeln.“⁴

Ängste sind ein Ausdruck dessen, wie Wirklichkeit wahrgenommen wird. Menschen der Mittelschicht sehen sich vom sozialen Abstieg bedroht. Die Auswirkungen von Flucht, Migration und Integration werden oftmals angstbesetzt diskutiert. Nicht zuletzt der Wahlkampf war von diesen Themen dominiert. Insofern sagen diese Themen etwas über unser Zusammenleben aus. Noch einmal der Soziologe Heinz Bude: „Die Gesellschaftsmitglieder verständigen sich in Begriffen der Angst über den Zustand ihres Zusammenlebens: Wer weiterkommt und wer zurückbleibt [...]. In Begriffen der Angst fühlt sich die Gesellschaft selbst den Puls.“⁵

Im Laufe des 20. Jahrhunderts hatte sich ein Aufstiegsversprechen entwickelt: Wer sich bildete und etwas leistete, konnte eine entsprechende Stelle finden und gesellschaftlich aufsteigen. Dies ist auch heute noch so, dennoch besteht bei vielen jüngeren Menschen die Empfindung, dass dieser Zusammenhang so nicht mehr gegeben ist. Bildung ist kein automatischer Garant mehr für ein hohes Einkommen. Zusätzlich stehen deutsche Firmen und ihre Mitarbeitenden in einer größeren Konkurrenz mit ausländischen Unternehmen.

⁴ Heinz Bude, Gesellschaft der Angst, Hamburg 2014, 11.

⁵ Ebd., 12.

Betrachtet man die Zahlen hinsichtlich des Anteils der gesellschaftlichen Mitte kommt man jedoch zu einem anderen Ergebnis. Die Mitte ist weitgehend stabil geblieben. Von einem Anteil von 50% (1991) stieg sie auf 54% (1999), sank im Zuge der Zunahme einer Einkommensungleichheit wieder auf 50% im Jahr 2005 und ist seither auf diesem Niveau geblieben. Das Gefüge der Einkommenschichten ist hingegen ungleicher geworden: Die Löhne der Spitzenverdienenden sind überdurchschnittlich gestiegen, während die Einkommenssituation der Mitte absolut betrachtet, annähernd gleich geblieben ist.

Dies zeigt, dass Ängste zwar eine Art sind, wie wir Wirklichkeit wahrnehmen; dass diese Wahrnehmung aber nicht unbedingt den Fakten entspricht und trotzdem Wirklichkeit abbildet. Ein Diskurs der so tut, als zerbreche die Mitte, birgt die Gefahr in sich, dass sich die Mitte nach unten abgrenzt; und genau dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhalt über die unterschiedlichen Schichten hinweg bedroht.

Aber auch unterhalb der gesellschaftlichen Mitte fanden Entwicklungen statt, die Angst machen. Rund 15% aller Beschäftigten arbeiten in teils wachsenden Dienstleistungsbereichen, in denen viel verlangt und wenig bezahlt wird. Hierzu zählen Gebäudereinigungsfirmen, Paketzusteller, Sicherheitsfirmen, Gaststätten, Frisörsalons und sogenannte Billigläden.⁶

Bezogen auf die Integration der Flüchtlinge wird immer wieder auch über mögliche Verteilungskämpfe gesprochen. Es stimmt, dass diese Gefahr etwa bei den o.g. Branchen und bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringen Einkommen besteht. Doch dies liegt nicht an der Zahl der Flüchtlinge, sondern an einer verfehlten Wohnungsbaupolitik der vergangenen Jahre.

Spaltungen also entstehen da, wo Menschen real abgehängt sind. Und auch dort, wo sich Menschen aufgrund von Veränderungen abgehängt fühlen. Insofern ist der gesellschaftliche Zusammenhalt eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Alle Menschen und Bevölkerungsgruppen müssen sich als gleichwertige Teile der Gesellschaft erfahren können. Gesellschaftlicher Zusammenhalt lässt sich nur befördern, wenn es gelingt, Teilhabe- und Chancengleichheit in Fragen der Bildung und der Kultur sowie und im Arbeits- und Wohnungsmarkt voran zu bringen.

⁶ Vgl. ebd., 84.

Damit sind die Fragen, die in der neuen Legislaturperiode von einer neuen Bundesregierung beantwortet werden müssen, nicht zuletzt soziale Fragen.

Kinderarmut darf dabei den politisch Verantwortlichen genauso wenig gleichgültig sein wie Altersarmut. Denn die Unterstützung von armen Menschen ist keine Frage des Alters. Dass gerade eine gute Pflege den Menschen unter den Nägeln brennt, zeigten nicht zuletzt die unterschiedlichen Fernsehformate vor der Bundestagswahl. Es braucht sowohl die Politik, als auch die Verbände, Einrichtungen und Dienste, damit die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte attraktiver und die Situation pflegender Angehöriger weiter verbessert werden.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird verstärkt auch das Feld der Digitalisierung betreffen. Es braucht positive Visionen nicht nur für abgehängte Regionen, damit die großen Chancen der digitalen Transformation möglichst Vielen zugutekommen können. Wir müssen darüber diskutieren, wie sich eine digitale Gesellschaft gestalten lässt, ohne neue Verlierer zu schaffen – und zwar ganz real!

Wollen wir eine vielfältige und inklusive Gesellschaft schaffen, in der möglichst viele Menschen, unabhängig von ihren Voraussetzungen, selbstbestimmt teilhaben können, gibt es viel zu tun. Dabei geht es genauso um den sozialen Ausgleich, wie um Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Befähigungsgerechtigkeit.

Klar ist aber auch, dass eine solche Vision von einer inklusive Gesellschaft nur dann erreicht werden kann, wenn wir kontrovers und doch gemeinsam darum ringen: Die Politik genauso wie die Zivilgesellschaft – und die Medien.

Deshalb freue ich mich sehr, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege bei diesem Politikforum wiederum den Deutschen Sozialpreis 2017 in den Sparten Print, Hörfunk, Fernsehen und erstmals im Online-Bereich verleiht. Spannende Eindrücke können wir heute davon gewinnen.

Eine solche Veranstaltung ist aber nur durch die Unterstützung vieler möglich. Von daher bedanke ich mich schon jetzt ganz herzlich beim Chefredakteur des ZDF, bei Ihnen Herr Dr. Frey, dass Sie heute den Eröffnungsvortrag halten.

Aber auch ohne das Engagement vieler Sponsoren wäre die Durchführung einer solchen Veranstaltung nicht möglich. Von daher danke ich sehr herzlich der Glücksspirale und den Lottogesellschaften Berlin und Nordrhein-Westfalen. Stellvertretend für Lotto Bayern bedanke ich mich bei der Präsidentin Frau Friederike Sturm und Frau Beatrix Numberger. Zusätzlich wurde die Veranstaltung von der Bank für Sozialwirtschaft unterstützt. Herr Prof. Dr. Harald Schmitz und Herr Matthias Ninke, schön dass Sie da sind. Für Schomerus und Partner danke ich Herrn Manfred Lehmann. Stellvertretend für die Ecclesia danke ich dem Hauptgeschäftsführer, Herrn Dr. Stefan Ziegler und Herrn Georg Westphal. Mein Dank geht auch an die Unternehmensberatung Contec, vertreten durch Herrn Detlef Friedrich. Schließlich bedanke ich mich auch bei der Fernsehlotterie und deren Geschäftsführer Herr Christian Kipper. Ihnen allen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Dieser Dank geht auch an die Akademie der Künste, dass wir heute hier sein können. Vielen Dank an das Team der Weinwirtschaft für die Versorgung der Gäste. Nicht zuletzt danke ich dem Team der BAGFW-Geschäftsstelle und dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Timm.

Und so übergebe ich jetzt an Herrn Johannes Büchs, der uns als Moderator durch den Abend führen wird.

Prälat Dr. Peter Neher

Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege